



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Anregungen und  
Beschwerden**

Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: [Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de](mailto:Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de)

Datum: 14.09.2016

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 13.09.2016, 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

**Anwesend waren:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Frau Monika Möller	SPD in Vertretung für Frau Frebel
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Dagmar Paffen	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Gräfin Alexandra von Wengersky	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP

**Beratende Mitglieder**

Frau Liane Bchir	AFD
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE
Herr Ulf Florian	SPD
Frau Helga Schlapka	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Stephan Horn	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE in Vertretung für Herrn Felix Schneider  
Herr Robert Wande auf Vorschlag der FDP

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Abdullah Aydik DEIN KÖLN  
Frau Hedwig Krüger-Israel Seniorenvertretung der Stadt Köln

### **Verwaltung**

Herr Dr. Höver Bürgeramt Innenstadt  
Herr Schmitz Bürgeramt Innenstadt  
Frau Gorkl-Blameuser Amt für Schulentwicklung  
Herr Ludwig Amt für Wohnungswesen

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Polina Frebel SPD

### **Beratende Mitglieder**

Frau Judith Wolter pro Köln  
Frau Gülgün Durdu DEIN KÖLN  
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins Seniorenvertretung der Stadt Köln  
Thomas Rossbach CDU  
Herr Felix Schneider auf Vorschlag von DIE LINKE

Herr Ausschussvorsitzender Thelen (Grüne) eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Er teilt mit, dass der TOP 4.1, wie vorab mitgeteilt, bis zur Sitzung am 15.11.2016 zurückgestellt wird, da die Ergebnisse der Bürgerinformationsveranstaltung abgewartet werden sollen.

Frau Akbayir (Linke) bittet die Verwaltung den Ausschuss über den Termin der Bürgerinformationsveranstaltung zu informieren.

Der Ausschuss stimmt der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **2 Mitteilungen**

- 2.1 Eingabe "Kinderhort Spichernstraße", Mündliche Anfrage in der Sitzung am 21.06.2016  
2515/2016
- 2.2 Weiterleitung einer Eingabe an den Liegenschaftsausschuss, Ratsschiff (Az.: 02-1600-101/16)  
2642/2016

#### **3 Anfragen**

- 3.1 Mündliche Anfragen
- 3.2 Schriftliche Anfragen

#### **4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: geplanter Neubau der Gesamtschule Köln-Höhenhaus (Az.: 02-1600-74/16)  
2081/2016
- 4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Bedarfsgerechter Ausbau der offenen Ganztagschule KGS Olpener Straße (Az.: 02-1600-85/16)  
2594/2016
- 4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Standortauswahl der Flüchtlingsunterkünfte im Kölner Stadtgebiet und insbesondere im Stadtteil Ossendorf (Az.: 02-1600-18/16)  
2258/2016

### **II. Nichtöffentlicher Teil**

#### **5 Mitteilungen**

#### **6 Anfragen**

- 6.1 Mündliche Anfragen
- 6.2 Schriftliche Anfragen

#### **7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **2 Mitteilungen**

##### **2.1 Eingabe "Kinderhort Spichernstraße", Mündliche Anfrage in der Sitzung am 21.06.2016 2515/2016**

Kenntnis genommen.

Herr Horn, Grüne, merkt an, dass seiner Kenntnis nach der Petent entgegen der Mitteilung der Verwaltung, bisher keinen Terminvorschlag erhalten habe.

Frau Gorklo-Blameuser, Amt für Schulentwicklung, teilt mit, dass sie persönlich am 19.07.2016 eine entsprechende E-Mail versandt habe. In dieser wurde der Petent über die Modalitäten und das Verfahren zur Aufnahme in den Offenen Ganztags der Gemeinschaftsgrundschule Gilbachstraße informiert. Gleichzeitig wurde ihm zur Klärung weiterer Fragen ein Gesprächstermin angeboten. Auf diese Mail sei bisher keine Reaktion erfolgt. Des Weiteren sei bisher kein Hortkind in der OGS angemeldet worden.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, schlägt vor, dass die E-Mail sicherheitshalber noch einmal versandt wird. Er bittet Herrn Horn den Petenten entsprechend zu informieren.

##### **2.2 Weiterleitung einer Eingabe an den Liegenschaftsausschuss, Ratsschiff (Az.: 02-1600-101/16) 2642/2016**

Kenntnis genommen

### **3 Anfragen**

#### **3.1 Mündliche Anfragen**

Herr Erkelenz (CDU) teilt mit, dass an der OGS Longerich die Essensausgabe bisher über die temporäre Elterninitiative „Power Pänz“ durchgeführt wurde. Die Ausgabe wurde aber im Einvernehmen eingestellt. Er fragt nach, ob diese temporäre Initiative trotzdem weiter von der Verwaltung unterstützt werde.

Frau Gorklo-Blameuser (Amt für Schulentwicklung) teilt mit, dass im Rahmen des Bestandschutzes bestehende Gruppen bzw. Initiativen im bisherigen Umfang weiter gefördert werden.

#### **3.2 Schriftliche Anfragen**

### **4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

#### **4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: geplanter Neubau der Gesamtschule Köln-Höhenhaus (Az.: 02-1600-74/16) 2081/2016**

Zurückgestellt bis zur Sitzung am 15.11.2016

**4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Bedarfsgerechter Ausbau der offenen Ganztagschule KGS Olpener Straße (Az.: 02-1600-85/16) 2594/2016**

Die Petentin begründet ausführlich ihre Eingabe. Ein Erfahrungsaustausch mit anderen Eltern habe gezeigt, dass es in den letzten drei Jahren keine ausreichende Zahl an OGS Betreuungsplätzen an der KGS Olpener Straße gegeben habe. Eine Verbesserung der Situation sei nicht ersichtlich. Nach ihren Informationen liege ein Platzdefizit vor. Dies sei vor dem Hintergrund der im Jahre 2011 erfolgten Sanierung der Schule verwunderlich. Sie regt die Nutzung bzw. Bebauung des an Schule angrenzenden, brachliegenden Grundstücks an. Des Weiteren regt Sie eine Teilung von OGS Plätzen zwischen den Eltern an unterschiedlichen Tagen sowie eine Flexibilisierung der Abholzeiten an.

Frau Gorklo-Blameuser, Amt für Schulentwicklung, stellt dar, dass die Stadt Köln das Angebot an OGS Plätzen seit 2003 kontinuierlich von 200 auf 28.900 Plätze ausgebaut habe. Für rund 80 % der Kinder im Primarbereich bestehe somit ein geeignetes Angebot. In den ersten Jahren des OGS sei sehr intensiv, auch baulich ausgebaut worden, da es entsprechende Fördermittel des Bundes hierfür gegeben habe. Die Stadt Köln hat hier seinerzeit 80 Mio. Euro aus diesem Fondertopf abrufen können und ebenfalls die gleiche Summe aus städtischen Mitteln investiert. Leider hat es danach keine weiteren Fördermittel mehr gegeben. Aufgrund dessen werden weitere OGS Plätze nur in den vorhandenen Bauten geschaffen. Dies werde auch jährlich vom Rat so beschlossen. Neubauten würden vollständig zu Lasten der Kommunen gehen. An der KGS Olpener Straße ist eine Ausweitung der Plätze über den vorhandenen Baubestand hinaus nicht möglich. Es sind derzeit 128 Plätze vorhanden. 22 Kinder waren zum Anfang des Schuljahres unversorgt. Aufgrund von alternativen Angeboten sind derzeit noch 7 Kinder ohne OGS Platz. Die angeregte Teilung von Plätzen nach persönlichen Bedürfnissen ist durch den Landesgesetzgeber ausgeschlossen. Die derzeitige Gesetzeslage impliziert eine regelmäßige bzw. tägliche Teilnahme, welche in einem Rahmen von 8.00 bis mindestens 15.00 Uhr stattfinden müsse. Eine Öffnung des Angebotes wäre förderschädlich. Es müsse seitens der Schule und des Trägers über eine stärkere Verzahnung von schulischen und außerschulischen Angeboten nachgedacht werden, welche auch eine andere Raumnutzung zur Folge hätte.

Herr Pohl, CDU, fragt nach, inwieweit das angrenzende Grundstück schulisch genutzt werden könnte. Dies sei bereits vor 5 Jahren von der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Kalk angeregt worden. Er bittet um Mitteilung des Sachstandes.

Frau Gorklo-Blameuser, Amt für Schulentwicklung, teilt mit, dass dieses Grundstück in der aktuellen Schulentwicklungsplanung angesprochen werde. Es gebe aber noch keine konkreten Überlegungen zur Nutzung. Sie gibt zu bedenken, dass es sich aufgrund des Ratsbeschlusses bei einer Ausweitung nur um eine Nutzung für den regulären Unterricht handeln könnte.

Frau Aymaz, Grüne, merkt an, dass der Erlass des Landes NRW scheinbar doch ein Ermessen für eine Teilung von OGS Plätzen einräume.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, fragt nach, ob die Petentin sich auf privatem Wege mit Eltern über gemeinsame Nutzungen von OGS Plätzen einigen könne. Des Weiteren fragt er nach, wie viele Schüler die KGS Olpener Str. besuchen.

Frau Gorklo-Blameuser, Amt für Schulentwicklung, teilt mit, dass insgesamt 240 Kinder die Schule besuchen.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, verweist auf die schlechte Versorgungsquote bei OGS Plätzen. Der Erlass besage zudem, dass Plätze in der Regel nicht geteilt werden dürfen bzw. ein regelmäßiger Besuch der OGS stattfinden müsse. Ausnahmen seien also durchaus zulässig und auch sinnvoll.

Die Petentin führt aus, dass sie sich durchaus auf privatem Wege mit anderen Eltern über eine gemeinsame Nutzung eines OGS Platzes einigen könnte.

Frau Gorklo-Blameuser, Amt für Schulentwicklung, stellt dar, dass seitens des Landes der Erlass derart ausgelegt werde, dass Ausnahmen nicht die Regel sein dürfen. Es sei ein regelmäßiger Besuch der OGS vorgesehen.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, regt eine weitere Thematisierung auf Landesebene an.

Frau Domke, FDP; sieht aufgrund der bestehenden Regelungen eine Benachteiligung von berufstätigen Müttern.

Herr Schneider, SPD, kann das Anliegen der Petentin nachvollziehen. Allerdings sei die Stadt Köln die falsche Ansprechpartnerin für die geäußert Kritik. Vielmehr sei eine Behandlung in den Petitionsausschüssen des Landes oder des Bundes angezeigt. Hier müsse eine Änderung der Gesetzgebung erfolgen. Aus diesem Grunde werde seine Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung folgen.

Herr Detjen, Linke, sieht in einer Aufweichung der bestehenden Regelungen eine Gefahr für die pädagogische Qualität des OGS Angebotes. Er regt eine Überprüfung des Konzeptes durch die Schule mit dem Ziel an, durch eine Änderung der konzeptionellen Arbeit, eine Einbeziehung der 7 Kinder ohne OGS Platz zu erreichen.

Herr Schneider, SPD, fragt nach, ob eine Änderung des OGS Konzeptes rechtlich möglich wäre.

Frau Gorklo-Blameuser, Amt für Schulentwicklung, führt aus, dass eine Konzeptionsänderung für das folgende Schuljahr 2017/2018 nach einem entsprechenden Ratsbeschluss zulässig wäre.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, schlägt aufgrund des Beratungsverlaufs folgenden geänderten Beschlusstext vor:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe und unterstützt die Bemühungen der Verwaltung, das qualitative und quantitative Angebot des Offenen Ganztages in Köln weiter zu verbessern. Die KGS Olpener Straße wird im Hinblick auf das nächste Schuljahr gebeten, Konzeptüberlegungen mit dem Ziel anzustellen, allen interessierten Eltern einen OGS Platz anbieten zu können. Der Petentin wird empfohlen, ihre Eingabe auch an den Landtag NRW und den Bundestag zu richten.“

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe und unterstützt die Bemühungen der Verwaltung, das qualitative und quantitative Angebot des Offenen Ganztages in Köln weiter zu verbessern. Die KGS Olpener Straße wird im Hinblick auf das nächste Schuljahr gebeten, Konzeptüberlegungen mit dem Ziel anzustellen, allen interessierten Eltern einen OGS Platz anbieten zu können. Der Petentin wird empfohlen, ihre Eingabe auch an den Landtag NRW und den Bundestag zu richten.

Einstimmig zugestimmt

#### **4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Standortauswahl der Flüchtlingsunterkünfte im Kölner Stadtgebiet und insbesondere im Stadtteil Ossendorf (Az.: 02-1600-18/16) 2258/2016**

Der Petent begründet ausführlich seine Eingabe. Diese soll für die Zukunft eine gerechtere sowie sozialverträgliche Verteilung von Flüchtlingsunterkünften im gesamten Stadtgebiet er-

reichen. Die bisherige Vorgehensweise der Verwaltung habe zu einer ungerechten Verteilung der Flüchtlingsunterkünfte geführt. Der Stadtteil Ossendorf sei überproportional betroffen.

Herr Ludwig, Amt für Wohnungswesen, stellt dar, dass der Rat der Stadt die Verwaltung beauftragt habe, die nach Köln zugewiesenen Flüchtlinge außerhalb von Zelten unterzubringen. Des Weiteren sollen zeitnah die mit mehr als 3.300 Personen belegten 24 Turnhallen wieder ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt werden. 13.500 Personen sind derzeit in mehr als 100 Unterbringungseinrichtungen verteilt über die Stadt untergebracht. Mehr als die Hälfte dieser 13.500 Personen sind in temporären Einrichtungen untergebracht. Eine gerechtere Verteilung wäre wünschenswert, kann aber derzeit aufgrund der Nachbearbeitung der Krisensituation aus Sommer 2015 noch nicht erbracht werden. Bei der Findung von neuen Standorten werden zu 2/3 Drittel städtische Grundstücke untersucht. Es werden nur sehr wenige private Grundstücke angeboten. Die städtischen Grundstücke sind sehr ungleichmäßig im Stadtgebiet verteilt und konzentrieren sich auf einige Stadtteile, zu denen auch Ossendorf gehört. Dem Ansinnen des Petenten könne daher derzeit noch nicht gefolgt werden.

Herr Detjen, Linke, bezweifelt, dass der Stadtteil Ossendorf mit Flüchtlingsunterkünften belastet sei. Seinem Eindruck nach versuche die Bevölkerung im Stadtbezirk Ehrenfeld vielmehr, das gemeinsame Zusammenleben zu fördern und zu gestalten. Er spricht sich gegen die Eingabe aus.

Herr Fischer, Grüne, führt aus, dass auch im Stadtteil Deutz mehrere Unterkünfte errichtet wurden. Dort würden aber zuvorderst Unterstützung und Hilfe für Flüchtlinge angeboten. Aus der Eingabe sei dies nicht zu erkennen. Daher spricht er sich gegen diese aus.

Herr Pohl, CDU, äußert zwar Verständnis für das Anliegen. Dieses sei aber aufgrund der derzeitigen Situation nicht umsetzbar. Vielmehr müssen dringend die belegten Turnhallen freigezogen werden. Er spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Frau Domke, FDP, spricht sich ebenfalls für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Herr Schneider, SPD, dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit und spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe. Der Ausschuss unterstützt die Maßnahmen der Verwaltung zur Errichtung weiterer Flüchtlingsunterkünfte im Kölner Stadtgebiet. Die Verwaltung wird gebeten, weiterhin eine möglichst ausgeglichene Verteilung der Standorte in den einzelnen Stadtteilen vorzunehmen. Der Ausschuss ist sich der schwierigen Situation bewusst und spricht sich daher gegen die Einführung prozentualer Obergrenzen aus.

Einstimmig zugestimmt

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

**5      Mitteilungen**

**6      Anfragen**

**6.1    Mündliche Anfragen**

**6.2    Schriftliche Anfragen**

**7      Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes  
Nordrhein-Westfalen**

gez.

Thelen  
Vorsitzender

gez.

Schmitz  
Schriftführer